



SILVIA
SCHENKER



Machtdemonstrationen

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren

Nach den letzten Kommissionssitzungen vor der Sommerpause ist es jetzt Zeit für einen Rückblick auf die letzte Session:

Als linke Parlamentarierin bin ich – leider – das Verlieren ja gewohnt. Das hängt wohl auch mit den Politikfeldern zusammen, in denen ich hauptsächlich tätig bin. Wenn es in der Sozialpolitik mit viel Kompromissbereitschaft manchmal noch möglich ist, Mehrheiten zu finden, ist es in der Migrationspolitik ganz anders. Besonders grosse Mühe habe ich, wenn eine breite bürgerliche Front diese Themen dazu verwendet, ihre Macht zu demonstrieren.

Änderungen ohne sachliche Gründe

Besonders deutlich war das in dieser Session bei der Differenzbereinigung zum Bürgerrecht der Fall. Die ursprüngliche Vorlage des Bundesrates hatte vorgesehen, eine höhere Hürde zur Einbürgerung zu errichten: In Zukunft kann nur noch ein Einbürgerungsgesuch stellen, wer im Besitz einer Niederlassungsbewilligung C ist. Im Gegenzug wollte der Bundesrat die für ein Gesuch notwendige Aufenthaltsdauer von 12 auf 8 Jahre verkürzen. Damit sollten die Leute „belohnt“ werden, welche sich gut integriert haben. Als Dossierverantwortliche innerhalb der SP hatte ich in der Kommission den Antrag gestellt, auf diese Vorlage gar nicht erst einzutreten. Es zeichnete sich schon vor dem Eintreten ab, dass die Bürgerlichen die Beratung nutzen werden, Verschärfungen in das Gesetz einzubauen und damit die Hürde für das Bürgerrecht noch höher zu setzen. Die SVP gab beim Geschäft den Ton an, die Mitteparteien machten munter mit.

Die SP-Fraktion folgte meinem Antrag. Leider blieben wir zusammen mit den Grünen in der Minderheit. Also musste das Geschäft beraten werden. Zwar scheiterte die SVP mit ihrem Anliegen, ein Bürgerrecht „auf Probe“ durchzubringen, aber in einer ersten Runde setzte sich ein Antrag der FDP durch, welcher die Streichung der doppelten Anrechnung für Jugendliche verlangte. Im Verlaufe des langen Beratungsprozesses gelang es dann, die meisten Verschlechterungen wieder zu eliminieren. Am Schluss gelang es aber den Bürgerlichen, sich in drei Punkten durchzusetzen: Sie drückten durch, dass

1. die Aufenthaltsdauer nur auf 10 Jahre verkürzt wurde,
2. die Zeit der vorläufigen Aufnahme nur noch zur Hälfte angerechnet wird und
3. die Doppelanrechnung für Jugendliche auf den Zeitraum zwischen dem 8. und 18. Lebensjahr (statt wie heute zwischen dem 10 und 20. Lebensjahr) verschoben wird.

Für diese Änderungen gab und gibt es keine sachlichen Gründe. Es ist eine reine Machtdemonstration und ein Kniefall vor den Referendumsdrohungen der SVP, welche zu diesem Ergebnis geführt haben.

Gegen Rechte für Hausangestellte

Ein anderes Thema, bei dem die FDP und SVP im Nationalrat versuchten, ihre Macht auf dem Buckel der Schwächsten zu demonstrieren: Das Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte. Das Übereinkommen legt fest, dass Hausangestellte das Recht auf Wahrung ihrer grundlegenden Rechte bei der Arbeit sowie auf Schutz und eine soziale Grundsicherung haben. Schon in der Botschaft des Bundesrats war zu lesen, dass die Ratifikation des Übereinkommens in der Schweiz keine Anpassungen auf gesetzlicher Ebene oder in Verordnungen notwendig macht.

Die Forderungen und Anliegen des Übereinkommens sind in der Schweiz erfüllt. Dass die Schweiz das Übereinkommen ratifiziert ist in erster Linie und hauptsächlich ein Zeichen der Solidarität mit den Hausangestellten in andern Ländern. Es ist nachgewiesen und bekannt, dass Hausangestellte oft unter absolut misslichen Bedingungen arbeiten müssen. Sexueller Missbrauch und Misshandlungen kommen häufig vor. Das Übereinkommen soll all diesen Frauen (und Männern) zu mehr Recht und zu würdigeren Arbeitsbedingungen verhelfen. Bis dieses Übereinkommen wirklich greift, braucht es noch sehr viel Engagement. Dass die Ratifikation des Übereinkommens von der SVP in Frage gestellt wurde, hat mich nicht erstaunt. Empört hat mich aber, dass die FDP sich ebenfalls aktiv gegen das Übereinkommen eingesetzt hat.

Ich kann die Argumentation der politischen Gegenseite oft verstehen, auch wenn ich sie nicht teile. Aber in diesen beiden Fällen fehlt mir jedes Verständnis.

Die kommende etwas ruhigere Sommerzeit werde ich unter anderem dafür nutzen, mich auf den wichtigen Abstimmungskampf zur Initiative für eine öffentliche Krankenkasse vorzubereiten.

Auch Ihnen und Euch wünsche ich eine heitere und beschwingte Sommerzeit mit anregenden Begegnungen. Ich freue mich auf ein Wiedersehen und -lesen im Spätsommer.

Herzliche Grüsse
Silvia Schenker

<http://www.silviaschenker.ch>

<https://www.facebook.com/silvia.schenker>